13.3.2010 - spiegel.de

Vatikan sieht Papst als Opfer einer Kampagne "Gewisse Verbissenheit": Papst Benedikt der XVI.

Der Vatikan reagiert pikiert auf die Enthüllungen neuer Missbrauchsfälle in Deutschland: Papst Benedikt XVI. solle offenbar unter allen Umständen in die Skandale "hineingezogen" werden. Seit 2001 wurden dem Petersdom 3000 Vorfälle weltweit gemeldet.

Rom - Der Vatikan sieht Papst Benedikt XVI. als Opfer einer Kampagne im Skandal um sexuelle Missbrauchsfälle in der katholischen Kirche in Deutschland. "In den letzten Tagen gab es einige, die mit einer gewissen Verbissenheit in Regensburg und in München nach Elementen gesucht haben, um den Heiligen Vater persönlich in die Missbrauchs-Fragen mit hineinzuziehen", kritisierte Vatikan-Sprecher Federico Lombardi am Samstag in Rom. Diese Versuche seien jedoch "gescheitert".

Lombardi bezog sich dabei auf neu bekannt gewordene Missbrauchsfälle bei den Regensburger Domspatzen, die Benedikts Bruder Georg Ratzinger lange Zeit geleitet hatte, sowie auf einen Fall in München, in dem Ratzinger als damaliger Erzbischof von München und Freising der Versetzung eines wegen Kindesmissbrauchs vorbelasteten Priesters von Essen nach München zugestimmt hatte. Der Mann wurde in München wieder in einer Gemeinde eingesetzt, fiel erneut mit pädophilen Handlungen auf und wurde deshalb auch verurteilt.

In dem Münchner Fall sei deutlich, dass der damalige Münchner Erzbischof Joseph Ratzinger nichts zu tun gehabt habe mit Entscheidungen, "nach denen es später dann zu den Missbräuchen kommen konnte", betonte der Papst-Sprecher. Der frühere Generalvikar Gerhard Gruber in Ratzingers alter Diozöse bezeichnete den Einsatz des Mannes in der Pfarrseelsorge mittlerweile als "schweren Fehler" und übernahm die volle Verantwortung.

300 Priester pädophiler Übergriffe bezichtigt

Gleichzeitig wurde bekannt, dass der Vatikan seit 2001 von rund 3000 Missbrauchsfällen in der katholischen Kirche aus den vergangenen 50 Jahren erfahren hat. Diese Zahlen nannte ein Vertreter der päpstlichen Glaubenskongregation, Charles Scicluna, am Samstag der italienischen Bischofszeitung "Avvenire".

Von 2001 bis 2010 habe es rund 3000 Beschwerden über Geistliche gegeben. In rund 60 Prozent der Fälle sei es um gleichgeschlechtliche Kontakte gegangen. Bei 30 Prozent der Beschwerden handelt es sich um heterosexuelle Kontakte und in zehn Prozent der Fälle um pädophile Übergriffe Geistlicher. Insgesamt seien in neun Jahren damit 300 von 400. 000 Priestern weltweit der Pädophilie bezichtigt worden.

In zehn Prozent der Beschuldigungen, bei denen es sich laut Scicluna um "besonders schwere Fälle mit unzweifelhaften Beweisen" handelte, wurde den beschuldigten Priestern das Recht entzogen, Sakramente wie die Beichte zu spenden. Weitere zehn Prozent hätten selbst darum gebeten. Gegen 60 Prozent der Betroffenen strengte die Kirche seinen Angaben zufolge keine Prozesse, sondern lediglich disziplinarische Maßnahmen an. Der Grund war laut Scicluna meistens das "fortgeschrittene Alter" der Beschuldigten.

Neue Debatte um Zölibat

Angesichts der sich häufenden Meldungen über Kindesmissbrauch in der katholischen Kirche plädiert Alois Glück, Präsident des Zentralkomitees der Katholiken, für eine Aufhebung des Zölibats für Priester. Die Kirche

müsse Konsequenzen struktureller Art ziehen und dabei überlegen, ob es kirchenspezifische Bedingungen für den Missbrauch gebe, sagte Glück der "Süddeutschen Zeitung". "Dazu gehört zweifellos eine Auseinandersetzung mit dem ganzen Thema Sexualität, angefangen vom Umgang damit bis hin zur Auswahl des kirchlichen Personals."

Die Lockerung des Pflichtzölibats sei ein Weg, sagte der CSU-Politiker. Allerdings sei das Problem damit allein nicht gelöst.

Papst Benedikt XVI., der sich am Freitag vom Vorsitzenden der Bischofskonferenz Robert Zollitsch über das Ausmaß der Affäre unterrichten ließ, hält dagegen am Zölibat fest. Die Ehelosigkeit der Priester sei ein Geschenk Gottes, das nicht dem Zeitgeist geopfert werden solle, sagte der Papst.

Auch der Hamburger Weihbischof Hans-Jochen Jaschke stellt die Pflicht zum Zölibat infrage. Im Gespräch mit dem "Hamburger Abendblatt" plädierte er dafür, auch katholischen Priestern die Ehe zu erlauben. Eine Koexistenz von Zölibat und verheirateten Geistlichen sollte möglich sein. Einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der großen Zahl von Missbrauchsfällen in katholischen Einrichtungen und dem Zölibat sieht Jaschke aber nicht. "Allerdings kann die zölibatäre Lebensform auch Menschen anziehen, die eine krankhafte Sexualität haben", sagte der katholische Geistliche der Zeitung.

Missbrauch bei den Domspatzen noch in den Neunzigern

Im Missbrauchsskandal bei den Regensburger Domspatzen haben sich unterdessen neue Betroffene zu Wort gemeldet. Ein Ex-Schüler berichtete dem SPIEGEL, dass er bis in die neunziger Jahre sexuelle Gewalt erlebt hätte. Bislang waren nur Fälle aus den fünfziger und sechziger Jahren bekannt. Der Ex-Schüler Thomas Mayer berichtet dem SPIEGEL , er habe sexuelle und körperliche Gewalt bis zum Verlassen des Internats 1992 als allgegenwärtig erlebt.

Im Missbrauchsskandal der katholischen Kirche ist nach Ansicht der Reformbewegung "Wir sind Kirche" eine Entschuldigung von Papst Benedikt XVI. überfällig. "Wir sind enttäuscht, dass der Papst bisher kein mitfühlendes Wort für eine Bitte um Vergebung und Versöhnung gefunden hat", sagte "Wir sind Kirche"-Sprecher Christian Weisner am Samstag in München.

Die Grünen fordern eine unabhängige Untersuchung der Missbrauchsfälle nach dem Vorbild Irlands. "Die Bundesregierung darf die Aufklärung nicht allein der Kirche oder anderen Institutionen wie der Odenwaldschule überlassen", sagte Grünen-Chefin Claudia Roth der "Bild am Sonntag" laut einer Vorabmeldung. Statt Runder Tische müsse sie "eine nationale unabhängige Untersuchungskommission einsetzen und mit den nötigen Mitteln ausstatten". Als Vorbild benannte Roth Irland, wo eine solche Kommission erfolgreich gearbeitet habe.

Kritik am Runden Tisch

Die Bundesregierung lädt zu zwei getrennten Runden Tischen - einem der Familien- und Bildungsministerinnen Kristina Schröder und Annette Schavan (beide CDU) und einem der Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP). Dabei soll es auch um Entschädigungszahlungen gehen.

Die Grünen-Politikerin Antje Vollmer bezeichnete den Runden Tisch als "Ausdruck von Hilflosigkeit" ohne "parlamentarische Legitimation". An einem Runden Tisch müssten auch Vertreter der Opfer sitzen.

Der Präsident des Kinderschutzbundes, Heinz Hilgers, sagte in der "Rheinpfalz am Sonntag" laut Vorabmeldung, das Problem des Kindesmissbrauchs lasse sich mit Runden Tischen nicht lösen. Die Opfer

bräuchten Schadenersatz und eine Erstattung der Therapiekosten, egal wie lange der Missbrauch zurückliege.

yas/Reuters/dpa/AFP/APN
Zuletzt geändert am 13.03.2010